



Jugendkriminalität: Besonnen diskutieren, entschlossen handeln

Die schlimmen Vorfälle in der Münchener U-Bahn sowie andere brutale Übergriffe jugendlicher Gewalttäter gegen friedliche Mitbürger in den vergangenen Wochen haben uns alle aufgeschreckt.

CDU und CSU hatten schon lange auf dieses massive Problem hingewiesen und Lösungen vorgeschlagen. Bisher sind alle Vorschläge von der SPD blockiert worden. So ist eine von den unionsregierten Ländern bereits 2003 eingebrachte Bundsratsinitiative am Widerstand der SPD gescheitert. Auch heute reden die Sozialdemokraten dieses Problem klein. Wer behauptet, die Union habe das Thema Jugendgewalt zu Wahlkampfzwecken erfunden, nimmt die berech-

tigten Sorgen der Bevölkerung nicht ernst. Es ist unerträglich und einer demokratischen Kultur unangemessen, wenn jeder Politiker, der die Augen nicht vor der zunehmenden Gewaltkriminalität verschließt, in die Nähe des Rechtsradikalismus gestellt oder sogar offen mit der NPD verglichen wird.

Dagegen haben CDU und CSU entschlossen gehandelt und in Wiesbaden und Wildbad Kreuth umfassende Strategiepapiere zur Bekämpfung der Jugendkriminalität vorgelegt. Wichtigstes Ziel muss dabei die verbesserte Integration junger Migranten sein. Hierbei sind wir mit dem Integrationsgipfel und dem Nationalen Integrationsplan auf dem richtigen Weg. Daneben kommt

aber auch der konsequenten und harten Bestrafung der Täter eine entscheidende Rolle zu. Gerade jugendlichen Kriminellen muss mit einem deutlichen Warnschuss vor den Bug der Weg zurück auf die rechte Bahn gezeigt werden. Statt Kuschelpädagogik brauchen wir eine sinnvolle Kombination von harten Strafen und wirkungsvollen Resozialisierungsprogrammen. Die SPD verweigert sich jedoch den notwendigen Veränderungen und hat ein Gespräch über gesetzliche Änderungen grundsätzlich abgelehnt. Wir aber bleiben bei unserer Position und werden auch nach den Wahlen gegenüber der SPD weiter auf entsprechende Änderungen drängen.

Talente fördern, Bildungsstandort Deutschland weiter verbessern

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung. Gut ausgebildete Menschen sind die beste Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft und die demographische Entwicklung. Bildung ist zudem die wichtigste Voraussetzung für den persönlichen Aufstieg und die nachhaltigste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und beruflichen Misserfolg.

Deswegen müssen wir sicherstellen, dass jeder die bestmögliche Förderung erhält und die Chancengerechtigkeit ge-

wahrt bleibt. Aus diesem Grund begrüßt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass Bundesbildungsministerin Annette Schavan das Thema Bildung in seiner ganzen Bandbreite auf die Tagesordnung gesetzt hat: Von der frühkindlichen Bildung bis zum lebensbegleitenden Lernen werden wir uns in Zusammenarbeit mit den Ländern um eine Verbesserung der Bildungsangebote bemühen. Wir finden uns nicht damit ab, dass Jahr für Jahr 80.000 Jugendliche ohne Abschluss die Schulen verlassen. Mit dem Ausbildungsbonus helfen wir Unter-

nehmen, Ausbildungsplätze für bislang schwer vermittelbare Jugendliche anzubieten. Wichtig ist uns vor allem, die Durchlässigkeit der Bildungssysteme zu erhöhen, um die individuellen Chancen zu verbessern. Kein Bildungsgang darf eine Sackgasse sein.

KONTAKT

Klaus-Peter Flosbach MdB
Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: (030) 227-71 401
Fax : (030) 227-76 301
Mail: klaus-peter.flosbach@bundestag.de



Die Woche im Parlament

Die Bundesregierung hat uns in dieser Woche über die **Ergebnisse des Klimagipfels auf Bali** berichtet. Dieser Gipfel war ein Erfolg, weil es gelungen ist, ein Mandat für die Verhandlung einer Kyoto-Nachfolgeregelung auch mit den USA zu erreichen. Nachdem nun Ziele im auf europäischer und globaler Ebene festgelegt wurden kommt es jetzt darauf an, dass wir in Deutschland das Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung umsetzen und alles daran setzen, die Ziele vorbildlich zu erreichen.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD **Junge Menschen fördern – Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern** unterstützen wir die zahlreichen Initiativen der Bundesregierung zur Qualifizierung von Jugendlichen. Zwar wurde 2007 die zweithöchste Zahl an Ausbildungsverträgen seit der Wiedervereinigung abgeschlossen, das Problem ist jedoch insbesondere im Hinblick auf Altbewerber noch nicht gelöst. Die nationale Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung ist auch wegen des drohenden Fachkräftemangels notwendig. Wir appellieren zudem an die Länder, Betriebe, Kammern und Tarifpartner, jeweils ihre Beiträge zu leisten, um die Rahmenbedingungen der Ausbildung zu verbessern.



Die ersten Besucher 2008:

Ein Leistungskurs Geschichte vom Engelbert-von-Berg-Gymnasium Wipperfürth besuchte am 18. Januar als erste oberbergische Gruppe den Bundestag und ihren Abgeordneten. Die Abiturienten waren für zwei Tage nach Berlin gereist. Im Bundestag lauschten sie einer Debatte über Ausbildungsplätze.